

Protokoll zur Sitzung der Schulkonferenz am 27.03.2007

1. Folgen der neuen APVO insbesondere für die neue Klasse 11

Herr Levetzow schildert die Konsequenzen der neuen APVO insbesondere für die neue Klassenstufe 11.

Um das Abitur nach 12 Jahren erreichen und gleichzeitig die bundesweit vorgegebene Gesamtwochenstundenzahl einhalten zu können, finden in der Jahrgangsstufe 11, die wieder in Form von Klassen organisiert ist, bis zu 36 Unterrichtsstunden pro Woche statt.

Zusammen mit der Tatsache, dass ca. 74% aller Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule kommen, führt dies dazu, dass ein Trend erkennbar wird, die Teilnahme an nicht zwingenden schulischen Veranstaltungen zu reduzieren bzw. einzustellen.

Dies zeigt sich bereits an den sinkenden Interessentenzahlen für

- die Chöre,
- die Big Band sowie
- Sportveranstaltungen, Konzerte und Theatervorstellungen.

Ersten Äußerungen zufolge spielen einige Schüler auch mit dem Gedanken an einen Wechsel z.B. zu Fachgymnasien, ohne dass allerdings bisher Abmeldungen zu verzeichnen gewesen wären.

Besondere Schwierigkeiten löst die Vorgabe aus, auf Leistungskursniveau zu unterrichten, obwohl erst zum Jahresende feststeht, welcher der Schüler sich

- auf Leistungskursniveau,
- auf Grundkursniveau oder
- gar nicht

in dem jeweiligen Fach prüfen lassen wird.

Um eine Prüfung auf Leistungskursniveau überhaupt ermöglichen zu können, darf somit der Leistungsstandard nicht zu weit abgesenkt werden. Gleichzeitig muss sowohl für Schüler auf Grundkurs- wie auch auf Leistungskursstandard die Möglichkeit bestehen, die volle Punktzahl mit 15 Punkten zu erhalten.

Eine Lösung hinsichtlich des Prüfungsstandards soll nunmehr in grundsätzlich identischen Prüfungsaufgaben liegen, wobei für das höhere Leistungsniveau Zusatzaufgaben angeboten werden.

Seitens der Schule und der Schüler werden im Hinblick auf die im nächsten Jahr eintretende „Konkurrenzsituation“ zwischen Schülern, die – letztmalig – nach 13 Jahren ihr Abitur machen und solchen, die – erstmalig – nach 12 Jahren ihr Abitur machen, Befürchtungen geäußert, dass die Noten der letztgenannten im Vergleich deutlich schlechter ausfallen könnten.

Die derzeitige Situation soll allerdings – voraussichtlich mit Beginn des nächsten Schuljahres - durch folgende, vom Bildungsminister angekündigte Maßnahmen verbessert werden:

- Einführung eines 2-stündigen Wahlunterrichts statt des ehemaligen Projektunterrichts
- Zusage einer Gleichbehandlung aller Oberstufenschüler hinsichtlich der Klassenstärke. So soll die bisherige Situation einer Klassenstärke von 26 in den Oberstufen der Gymnasien gegenüber nur 20 in den Oberstufen der Gesamtschulen geändert werden. Dies könnte z.B. zu einer identischen Größenordnung von jeweils 23-24 Schülern je Klasse führen.

In dem anschließenden Meinungsaustausch weist der Unterzeichner darauf hin, dass die Konsequenzen einer erheblichen Erhöhung der Stundenzahl der Entscheidung zur Möglichkeit des Abiturs nach bereits 12 Jahren geschuldet sind, die auf einem über die Parteigrenzen hinausgehenden und nach wie vor gültigen politischen Konsens beruht.

Es dürfte daher nunmehr gelten, unter den vorhandenen Voraussetzungen seitens Schüler und Schule das Beste aus den Möglichkeiten zu machen und ggf. auch die Erfahrungen mit ähnlichen Konstellationen in anderen Bundesländern zu nutzen.

2. Drogenprobleme einiger Schüler

Von den Schülerinnen Maren Busch und Frauke Pietsch werden die an der Schule bestehenden Drogenprobleme einer Minderheit von Schülern geschildert.

Danach gibt es einige Schüler, die einen exzessiven Drogenkonsum aufweisen, so dass es sowohl hinsichtlich ihrer Gesundheit als auch der möglicherweise anziehenden Wirkung Anlass zur Sorge und zu Überlegungen zur Abhilfe gibt.

Im Wesentlichen handelt es sich um kleine Gruppen von Schülern, die exzessiv „Kiffen“, aber auch Tabletten etc. konsumieren, was bei einigen Schülern bereits zu erkennbaren Veränderungen der Persönlichkeitsstruktur geführt habe, die sich z.B. durch mangelnde Konzentrationsfähigkeit, ein „Sich-Zurückziehen“ und starke Gleichgültigkeit gegenüber der Umwelt bemerkbar macht.

In Einzelfällen haben so Schüler bereits den Schulleiter auf einen Problemfall angesprochen und mit ihm gemeinsam das Gespräch mit den Erziehungsberechtigten gesucht, was letztlich zu einer Drogentherapie geführt hat.

Im Rahmen der Diskussion besteht in der Schulkonferenz Einigkeit dahingehend, dass

- jeglicher Drogenkonsum von Schülern, Lehrern und Erziehungsberechtigten wie z.B. auch im Sport („Keine Macht den Drogen“) strikt abgelehnt werden sollte, um Drogenkonsum nicht interessant und nachahmenswert erscheinen zu lassen,
- kriminelle Aktivitäten wie insbesondere das „Dealen“ strikt angezeigt werden sollten,

- bei augenscheinlich drogenabhängigen Schülern zunächst diese, dann ggf. darüber hinaus die Erziehungsberechtigten unbedingt von den Mitschülern, ggf. zusammen mit einem Lehrer des Vertrauens bzw. dem Schulleiter angesprochen werden sollten,
- immer wieder über das Risiko und die Folgen des Drogenkonsums informiert werden sollte, z.B. durch Vorträge von Suchthelfern und ehemaligen Drogenabhängigen, gemacht werden sollten. Hierzu werden den Schülervetretern Informationsmaterialien der Hansestadt Rostock zu Ansprechpartnern und Beratungsstellen zur Drogenproblematik übergeben.

Der Unterzeichner weist darauf hin, dass letztlich die Abhängigkeit von Drogen, egal ob in legaler Form wie Alkohol oder in illegaler Form, eine Erkrankung darstellt, die wg. ihrer psychischen Ursachen nur dann eine Chance auf Heilung hat, wenn das Problem als solches angesprochen wird. Dabei ist stets davon auszugehen, dass weder der Abhängige noch sein Umfeld das Problem erkennen oder gar einräumen (können). Hilfwillige Dritte, zu denen neben den Mitschülern auch die Lehrer gehören, dürfen sich hiervon allerdings nicht abbringen lassen, das Thema direkt und – bei minderjährigen Schülern – auch bei den Erziehungsberechtigten anzusprechen, da Hilfe sonst nicht möglich sein dürfte.

Die Schulkonferenz bittet auf diesem Wege insbesondere die Erziehungsberechtigten um erhöhte Aufmerksamkeit und Empfänglichkeit für derartige Hinweise, die eine Hilfestellung und keine Kritik beinhalten.

Seitens des neuen Vorsitzenden des Schulvereins, Herrn Linden, wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass möglicherweise für Externe entstehende Kosten im Rahmen von Informationsveranstaltungen ggf. auf Antrag vom Schulverein getragen werden können.

Befragung im Projekt ESPAD

Zum Thema der Drogenproblematik trägt Herr Levetzow vor, dass auch an unserem Gymnasium eine Befragung im Rahmen der Europäischen Schülerstudie zu Alkohol und anderen Drogen - Projekt ESPAD - geplant ist.

Das Projekt *The European Survey Project on Alcohol and Other Drugs* mit der Abkürzung ESPAD ist eine europaweite Erhebung zum Konsum von und Einstellungen zu Alkohol, Tabak und anderen Drogen unter 15- und 16jährigen Schülerinnen und Schülern.

Diese Erhebung wurde bereits

- 1995 in 26,
- 1999 in 31 und
- 2003 in 35

europäischen Ländern durchgeführt.

2007 beteiligt sich Deutschland daran zum zweiten Mal; es nehmen die Bundesländer Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen teil.

Die durch diese Untersuchung gewonnenen Daten und Erkenntnisse sind nicht nur vergleichbar mit denen anderer europäischer Staaten, sondern ermöglichen es auch, gezielt Maßnahmen und Hilfen zur Früherkennung, Prävention und Behandlung von Drogenproblemen zu entwickeln. Für das Bundesministerium für Gesundheit und die Sozialministerien der beteiligten Länder wird das IFT Institut für Therapieforschung in München die Studie durchführen (Projektleiter: PD Dr. Ludwig Kraus).

Die Auswahl der Schüler erfolgte durch ein statistisches Zufallsverfahren. Insgesamt werden 2000 Schüler aus M/V befragt. So soll ein relativ wirklichkeitsgetreues und unverzerrtes Bild erreicht werden.

Die Teilnahme der Schüler an der Befragung ist freiwillig, anonym und erfolgt erst nach Zustimmung der Eltern, die demnächst eine entsprechende schriftliche Anfrage erhalten werden.

Die gewonnenen Ergebnisse sollen an der Schule weiter verwendet werden, da diese genauere Aussagen über den Zusammenhang von Alter, Drogen, Lebensumständen, Leistungen etc. erlauben.

3. Kreisschülerrat

Die Schülervertreter Danny Kiesling und Sebastian Wörfel teilen mit, dass auf Initiative des Schülerrates am hiesigen Gymnasium die (Wieder-)Gründung eines Kreisschülerrates beabsichtigt ist. Zu diesem Zweck sollen die Sprecher der Schülerräte der Schulen (außer Grundschulen) des Kreises eingeladen werden, um die notwendige Wahl vorzunehmen.

Der Unterzeichner weist darauf hin, dass die aktuelle Wahlperiode ohnehin mit Ablauf dieses Schuljahres endet, so dass nach der Neukonstituierung der Schülerräte zu Beginn des Schuljahres 2007/2008 eine Neuwahl erforderlich werden wird.

Fr. Wehner vom Schulamt teilt mit, dass der Kreis die Schüler gern berät und den Kontakt zum Leiter des Schulamtes Rostock herstellt, der die Schülersprecher zur Wahlversammlung einladen muss.

4. Sonstiges, u.a.

➤ Informationsaustausch der Erziehungsberechtigten in der Zeit des G8-Gipfels

Seitens der Schule wurde der Kontakt zum polizeilichen Planungsstab KAVALA gesucht, um in Erfahrung zu bringen, welche Konsequenzen der G8-Gipfel bzw. die dagegen vorgesehenen Protestaktionen gerade auf die vielen Fahrschüler der Schule haben werden. Die Polizei geht danach von keinen wesentlichen Beeinträchtigungen aus, die zu vorherigen Überlegungen der Schule führen müssten.

Seitens des Vorstandes des Schulelternrates werden daher die Klassenelternräte im Wege ihrer Selbstorganisation darum gebeten, die Information der Erziehungsberechtigten in einer Klasse durch Telefonketten sicherzustellen, wenn es entgegen der vorherigen Einschätzung der Polizei doch zu so erheblichen Beeinträchtigungen des Verkehrs kommen sollte, dass die Erreichbarkeit des Gym-

nasiums für die Schüler aus Sicht der Eltern nicht gesichert erscheint.

Es wird allerdings ebenso deutlich darauf hingewiesen, dass selbstverständlich auch in dieser Zeit die gesetzliche Schulpflicht besteht und daher für einen „prophylaktischen“ Verzicht auf den Schulbesuch in der Zeit des G8-Gipfels vom 04. bis 08. Juni aus heutiger Sicht generell kein Raum ist.

- Information der Eltern bei der Einwahl in die Fächer der Klasse 11
Von Herrn Linden wird kritisiert, dass die in der Sitzung der Schulkonferenz am 26.09.2006 von der Schulleitung zugesagte Informationsveranstaltung für die Eltern vor der Einwahl in die Fächer der Klasse 11 nicht stattgefunden hat.

Herr Levetzow trägt hierzu vor, dass der Oberstufenkoordinator, Herr Lemke, zu diesem Thema die vorgesehene Informationsveranstaltung mit den Schülern abgehalten und ein instruktives Informationsblatt verteilt hat.

Er sei danach der Auffassung gewesen, dass Eltern, die weitergehende Informationsbedürfnisse hätten, auf ihn hätten zukommen können.

Dazu habe Herr Lemke auch ein Schreiben an den Vorsitzenden der Schulkonferenz gerichtet, das allerdings vor der Sitzung noch nicht angekommen war.

Der Unterzeichner hält an der Kritik fest, dass seitens der Schule eine gemachte Zusage für eine Informationsveranstaltung nicht eingehalten worden ist.

Nachtrag:

Nach der Schulkonferenz erreichte den Unterzeichner das Schreiben des Oberstufenkoordinators vom 16.03., der folgendes darlegt:

- *Die Erziehungsberechtigten seien von den Klassenleitern der 10. Klassen auf der ersten Elternversammlung über die Veränderungen beim Übergang in Klasse 11 informiert worden. Als Zeitpunkt der Erklärungen zur Einwahl sei dabei der Januar 2007 genannt worden.*
- *Für die Schüler der drei 10. Klassen aus Neubukow habe diese Einweisung am Tag des Elternsprechtages, dem 23.01.2007, in Neubukow stattgefunden.*
- *Die Schüler seien am 29. und 30.01. sowie am 01.02.2007 pro Klasse einstündig über die Einwahl informiert worden. Dabei seien den Schülern*
 - *ein Einwahlzettel (als Anlage beigefügt),*
 - *eine Kurzzusammenfassung (als Anlage beigefügt) sowie*
 - *eine dünne DIN A5-Broschüre des Bildungsministeriums „Abitur in der Wissensgesellschaft“ zu Inhalt und Auswirkungen der Umgestaltung der gymnasialen Oberstufe ausgehändigt worden.*

Die Zusammenfassung und die Broschüre seien ausdrücklich mit dem Hinweis verteilt worden, diese den Erziehungsberechtigten zu geben.

Weiterhin sei wie immer angeboten worden, dass Schüler wie auch Erziehungsberechtigte sich bei weiterem Informationsbedarf jederzeit beim Oberstufenkoordinator melden könnten, was von einigen Schülern und zwei Elternteilen genutzt worden sei.

- *Abgabetermin für die Einwahl war dann der 23.02.2007.*
- *Herr Lemke führt in seinem Schreiben weiter aus, dass er ebenso auch zur Vorbereitung der Kurseinwahl am 05. und 06.03. in die jetzigen 9. Klassen informiert hat. Das auch dort gemachte Gesprächsangebot für Schüler und Eltern hätten auch mehrere Schüler genutzt.*
- *Herr Lemke führt schließlich aus, dass seine Erfahrungen aus den letzten Schuljahren zu den Ganzjahreselternversammlungen nicht die besten seien. So seien von den Erziehungsberechtigten kaum Fragen gestellt, sondern in erster Linie nur bemerkt worden, wie kompliziert das System sei.*
- *Abschließend bietet Herr Lemke einen Meinungsaustausch zu einer größeren Veranstaltung an.*

Aufgrund des Schreibens schlägt der Unterzeichner vor, dass sich die Schulkonferenz rechtzeitig vor der nächsten Einwahl noch einmal mit der Überlegung beschäftigt, ob eine Ganzjahreselternversammlung stattfinden sollte oder ob die vom Oberstufenkoordinator geschilderte Handhabung des Themas insbesondere aus Sicht der Erziehungsberechtigten als ausreichend angesehen wird.

➤ Sitzungstermin der nächsten Schulkonferenz im Jahr 2007

Vorstand des Schulelternrates
(Ratskeller Bad Doberan)
12.06.

Schulkonferenz
(Schule Raum 013)
26.06.

Gez. Hufen